

EU: Verurteilt Israels Apartheid auf dem Treffen des Assoziationsrats

Forum kommt inmitten der eskalierenden Unterdrückung der Palästinenser:innen wieder zusammen

Erklärung *Human Rights Watch*, 30.09.22

„Solange die Europäer keine konkreten Maßnahmen auf diplomatischer, sicherheitspolitischer und wirtschaftlicher Ebene ergreifen, ist es Israel egal. Es ist sehr zuversichtlich, dass dieses menschenrechtsfeindliche Verhalten auf der internationalen Bühne keinen politischen Preis haben wird.“

Alon Liel, ehemaliger Generaldirektor des israelischen Außenministeriums

(Brüssel) - Die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten sollten die Verbrechen der israelischen Behörden gegen die Menschlichkeit, die Apartheid und die Verfolgung während des Treffens des Assoziationsrates EU-Staat Israel am 3. Oktober 2022 verurteilen, erklärte *Human Rights Watch* heute. Die EU und ihre Mitgliedsstaaten sollten auch die israelischen Behörden dazu drängen, das harte Vorgehen gegen die palästinensische Zivilgesellschaft zu beenden (1).

„Europäische Beamte sollten wissen, dass sie Vertreter:innen einer Regierung die Hand schütteln werden, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit begeht und die prominente zivilgesellschaftliche Gruppen, die diese Missbräuche anprangern, verboten hat“, sagte Omar Shakir, Direktor für Israel und Palästina bei *Human Rights Watch*. „So zu tun, als ob es sich bei dem Staat Israel um normale Angelegenheiten handele, während die Unterdrückung eskaliert, vermittelt die Botschaft, dass die Missbilligung der EU kaum mehr wert ist als das Papier, auf dem sie geschrieben steht.“

Der Assoziationsrat EU-Israel ist ein Forum zur Erleichterung des politischen Dialogs und zur Stärkung der Zusammenarbeit mit dem Staat Israel. Das letzte Treffen des Assoziationsrates fand 2012 statt, weitere Treffen wurden ausgesetzt, nachdem die israelischen Behörden die Haltung der EU zu den Siedlungen in der Westbank ablehnten.

Mehrere palästinensische, europäische und internationale Nichtregierungsorganisationen sowie 47 Mitglieder des Europäischen Parlaments haben ernste Bedenken gegen die Tagung des Assoziationsrates geäußert (2).

In dem Abkommen, der der Einrichtung des Assoziationsrates EU-Israel zugrunde liegt (3), wird die Achtung der Menschenrechte als ein wesentliches Element genannt. Der Assoziationsrat wird erneut zusammentreten, während sich in der internationalen Menschenrechtsbewegung ein wachsender Konsens darüber abzeichnet, dass die Unterdrückung der Palästinenser:innen durch die israelischen Behörden Apartheid darstellt.

Die Tagung findet nur wenige Wochen nach der Razzia der israelischen Behörden statt, die die Schließung der Büros von sieben prominenten palästinensischen zivilgesellschaftlichen Organisationen angeordnet haben, von denen einige von der EU und ihren Mitgliedstaaten finanziert werden. Die israelischen Behörden veranlassten die Schließung der palästinensischen Rechtsgruppen, obwohl die EU und eine Reihe ihrer Mitgliedstaaten die Anschuldigungen gegen die Organisationen zurückwiesen (4).

Jahrelang haben die EU und ihre Mitgliedstaaten auf die schwerwiegenden Verstöße der israelischen Behörden reagiert, indem sie leere Phrasen wiederholten über den seit langem totgesagten „Friedensprozess“ und die Notwendigkeit, die Aussichten auf eine „Zweistaatenlösung“ wiederzubeleben. Dieser Ansatz ignoriert die Realität der Apartheid und der Verfolgung vor Ort und führt dazu, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten nicht die Menschenrechtsmaßnahmen ergreifen, die eine Situation dieser Schwere rechtfertigt, stellte *Human Rights Watch* fest.

Im August wurden 49 Palästinenser im Gazastreifen, darunter 17 Kinder, während einer weiteren Runde von Feindseligkeiten zwischen israelischen Streitkräften und bewaffneten palästinensischen Gruppen getötet. Die seit 15 Jahren andauernde Abriegelung des Gazastreifens durch Israel hat den mehr als 2 Millionen Einwohnern die Möglichkeit genommen, ihr Leben zu verbessern, und die Wirtschaft zerstört. 80 Prozent der Bevölkerung sind nun auf humanitäre Hilfe angewiesen (5).

In der besetzten Westbank haben die israelischen Behörden nach Angaben des UN-Büros für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten im Jahr 2022 mehr als 80 Palästinenser getötet, so viele wie seit sechs Jahren nicht mehr. Zu den Getöteten gehört auch die Journalistin Shireen Abu Akleh. Mit Stand vom 1. September hielten die israelischen Behörden außerdem mehr als 700 Palästinenser ohne Gerichtsverfahren oder Anklage in Verwaltungshaft - die höchste Zahl seit 2008 (6).

Trotz dieser Entwicklungen hat die EU von den israelischen Behörden offenbar keine Maßnahmen zur Beendigung der Missstände im Vorfeld der Assoziationsratstagung gefordert. Dazu hätte gehören können, dass die israelischen Behörden ihre Entscheidung, prominente palästinensische zivilgesellschaftliche Gruppen zu verbieten, rückgängig machen, die Abriegelung des Gazastreifens ockern oder Salah Hamouri, einen französisch-palästinensischen Menschenrechtsverteidiger, aus monatelanger Verwaltungshaft entlassen (7).

In einem Medieninterview im August 2022 führte Alon Liel, der ehemalige Generaldirektor des israelischen Außenministeriums, aus: „Solange die Europäer keine konkreten Maßnahmen auf diplomatischer, sicherheitspolitischer und wirtschaftlicher Ebene ergreifen, ist es Israel egal. Es ist

sehr zuversichtlich, dass dieses menschenrechtsfeindliche Verhalten auf der internationalen Bühne keinen politischen Preis haben wird.“

Als der UN-Menschenrechtsrat im Mai 2021 eine Untersuchung einleitete, um Missbräuche zu beleuchten und die Wurzeln des Konflikts zu ermitteln, enthielten sich alle EU-Mitgliedstaaten entweder der Stimme oder stimmten dagegen, was in krassem Gegensatz zu ihrem konsequenten Abstimmungsverhalten bei der Unterstützung von Rechenschaftsmechanismen in anderen Zusammenhängen steht (8).

„Das jahrzehntelange Versagen der Europäer, angesichts schwerer Menschenrechtsverletzungen, Maßnahmen zu ergreifen, hat die israelischen Behörden ermutigt, ihre Unterdrückung der Palästinenser:innen schamlos zu verschärfen“, stellte Claudio Francavilla, EU-Anwalt bei *Human Rights Watch*, fest. „Anstatt leere Plattitüden zu verkünden, sollten europäische Beamte den Assoziationsrat nutzen, um Israels Apartheid und Verfolgung endlich zu verurteilen und deutlich zu machen, dass es Konsequenzen geben wird, sollte die israelische Regierung ihren Kurs nicht ändern.“

Quelle:

<https://www.hrw.org/news/2022/09/30/eu-denounce-israels-apartheid-association-council-meeting>

1. <https://www.hrw.org/news/2021/04/27/abusive-israeli-policies-constitute-crimes-apartheid-persecution>
2. <https://palcivilsociety.com/post/letter-to-eu-leaders-cancel-the-eu-israel-association>
https://www.amnesty.eu/wp-content/uploads/2022/09/TIGO_IOR_10_2022_3262_AI-Recs-Ahead-EU-Israel-Assoc-Council.pdf
3. https://www.eeas.europa.eu/sites/default/files/asso_agree_en.pdf
https://www.eeas.europa.eu/israel/european-union-and-israel_en?s=200
<https://www.hrw.org/news/2022/03/25/human-rights-consensus-around-crime-apartheid>
<https://www.hrw.org/report/2021/04/27/threshold-crossed/israeli-authorities-and-crimes-apartheid-and-persecution>
4. https://www.eeas.europa.eu/eeas/israelpalestine-statement-high-representative-josep-borrell-israeli-raids-six-palestinian_en

https://www.eeas.europa.eu/delegations/un-geneva/hrc-51-eu-statement-item-4-general-debate-human-rights-situations-require_en?s=62

<https://twitter.com/SweMFA/status/1546872062622449666?s=20&t=cQuF1Jl9IpknLhFc-Lo3DA>

5. <https://www.hrw.org/news/2022/08/17/cage-smother-subdue-repeat-israels-gaza-policy>
<https://www.unrwa.org/where-we-work/gaza-strip>
6. <https://www.ochaopt.org/data/casualties>
<https://www.ohchr.org/en/press-briefing-notes/2022/06/killing-journalist-occupied-palestinian-territory>
<https://hamoked.org/prisoners-charts.php>
<https://www.haaretz.com/israel-news/2022-08-22/ty-article/.premium/number-of-prisoners-held-without-trial-in-israeli-jails-hits-highest-peak-since-2008/0000182-c053-d60d-a9b6-cfd7a79a0000>

7. <https://www.hrw.org/news/2021/10/22/israel/palestine-designation-palestinian-rights-groups-terrorists>
<https://www.hrw.org/news/2022/05/24/joint-statement-justice-salah-hamouri>
8. <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2021/05/human-rights-council-establishes-international-commission-inquiry>
<https://twitter.com/MartinKonecny/status/1536615955735773185>

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de